



Die französische Strafjustiz steht vor einer Richtungsentscheidung. Während der Senat über eine weitreichende Reform berät, gehen Anwälte am 13. April 2026 landesweit auf die Straße. Im Zentrum des Konflikts steht ein Gesetzentwurf von Justizminister Gérald Darmanin, der nichts Geringeres verspricht als eine strukturelle Entlastung der überforderten Kriminalgerichte – und zugleich grundlegende Prinzipien des Strafverfahrens berührt.

Eine Justiz am Limit

Frankreichs Strafgerichte kämpfen seit Jahren mit strukturellen Engpässen. Besonders in der Kriminaljustiz, also bei schweren Delikten wie Mord oder Vergewaltigung, haben sich die Verfahren dramatisch verlängert. Wartezeiten von sechs bis acht Jahren zwischen Tat und Urteil sind keine Ausnahme mehr, sondern zunehmend die Regel.

Diese Verzögerungen sind nicht nur ein administratives Problem. Sie untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat, belasten Opfer wie Angeklagte und erschweren eine wirksame Strafverfolgung. In diesem Kontext erscheint der Reformansatz der Regierung zunächst plausibel: Verfahren sollen beschleunigt, Ressourcen effizienter genutzt werden.

Doch wie so oft im Recht gilt: Der Zweck allein legitimiert nicht jedes Mittel.

Die PJCR: Ein Paradigmenwechsel im Strafprozess

Kernstück der Reform ist die Einführung der sogenannten „procédure de jugement des crimes reconnus“ (PJCR). Diese neue Verfahrensform erlaubt es, auch bei schweren Verbrechen ein Schuldeingeständnis mit einer vorab vereinbarten Strafe zu kombinieren – eine Art „plaider-coupable“ für das Kriminalrecht.

Die Logik dahinter ist einfach: Erkennt ein Angeklagter die Tat und ihre rechtliche Qualifikation an, kann auf eine aufwendige Hauptverhandlung verzichtet werden. Die Strafe wird zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung ausgehandelt und anschließend von einem Gericht bestätigt. Dabei bleibt die Strafhöhe begrenzt – in der Regel auf zwei Drittel der maximal vorgesehenen Sanktion.

Formal bleibt die richterliche Kontrolle bestehen. Materiell jedoch verschiebt sich das Gewicht des Verfahrens: weg von der öffentlichen Hauptverhandlung, hin zu einer vorgelagerten Verständigung.



Kritik der Anwaltschaft: Der Verlust des öffentlichen Prozesses

Für Frankreichs Anwaltschaft ist genau dies der neuralgische Punkt. Ihr Protest richtet sich weniger gegen die Effizienzsteigerung als solche, sondern gegen die Veränderung der Verfahrenslogik.

Der klassische Strafprozess erfüllt im französischen Rechtssystem mehrere Funktionen zugleich: Er dient nicht nur der Feststellung von Schuld und Strafe, sondern auch der öffentlichen Wahrheitsfindung, der gesellschaftlichen Einordnung von Verbrechen und der symbolischen Anerkennung von Opferleid. Diese Dimension droht, so die Kritiker, im neuen Verfahren verloren zu gehen.

Der Vorwurf der „justice de bureau“ – einer Bürojustiz – bringt diese Sorge auf den Punkt. Wenn zentrale Entscheidungen hinter verschlossenen Türen vorbereitet und nur noch formal bestätigt werden, verliert das Verfahren seine öffentliche und deliberative Qualität.

Besonders sensibel ist dies bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten. Hier hat der Prozess selbst oft eine therapeutische und gesellschaftliche Funktion. Dass Teile der Politik inzwischen fordern, solche Delikte vom Anwendungsbereich der PJCR auszunehmen, zeigt, wie weit die Skepsis reicht.

Die Position der Regierung: Pragmatismus statt Systembruch

Die Regierung weist den Vorwurf eines Systembruchs zurück. Darmanin und seine Unterstützer betonen, dass die PJCR erst nach Abschluss einer umfassenden richterlichen Untersuchung greifen soll. Es handle sich also nicht um ein frühes „Deal-making“ wie im angloamerikanischen plea bargaining, sondern um eine pragmatische Lösung am Ende eines bereits weitgehend aufgeklärten Falls.

Auch Vertreter der Staatsanwaltschaft argumentieren, dass in vielen Verfahren die Schuldfrage faktisch unstrittig sei. Eine vollständige Hauptverhandlung bedeute in solchen Fällen vor allem Zeit- und Ressourcenaufwand – ohne erkennbaren Mehrwert für die Wahrheitsfindung.

In dieser Perspektive erscheint die Reform als technisches Instrument, nicht als normative Neuausrichtung.



Mehr als nur eine Verfahrensfrage

Doch die Reform geht über die PJCR hinaus. Sie erweitert auch die Kompetenzen der sogenannten „cours criminelles départementales“, also der Kriminalgerichte ohne Geschworene, und schränkt Möglichkeiten ein, Verfahrensfehler geltend zu machen.

In ihrer Gesamtheit folgt die Reform einer klaren Logik: Beschleunigung, Effizienz, Entlastung. Diese Zielsetzung ist politisch nachvollziehbar – und angesichts der Belastung der Justiz wohl unvermeidlich.

Gleichzeitig verändert sie das Gleichgewicht des Systems. Weniger Öffentlichkeit, weniger formalisierte Auseinandersetzung, weniger Raum für prozessuale Einwände: All dies kann kurzfristig Effizienzgewinne bringen, langfristig aber das Vertrauen in die Justiz beeinträchtigen.

Rechtsstaatliche Balance unter Druck

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob die Justiz effizienter werden muss, sondern wie diese Effizienz erreicht wird. In einem Rechtsstaat ist das Verfahren kein bloßes Mittel zum Zweck, sondern Teil der Gerechtigkeit selbst.

Frankreich hat traditionell ein stark formalisiertes Strafverfahren, das auf Öffentlichkeit und richterlicher Autorität basiert. Die Einführung konsensualer Elemente – wie in der PJCR – bedeutet eine Annäherung an andere Rechtstraditionen, insbesondere an das angloamerikanische Modell.

Dieser Wandel ist nicht per se problematisch. Viele europäische Länder haben ähnliche Instrumente eingeführt. Entscheidend ist jedoch, wie weit dieser Wandel geht – und ob die grundlegenden Garantien des Verfahrens gewahrt bleiben.

Politische Dimension und gesellschaftliche Wahrnehmung

Der Konflikt um die Reform ist daher auch ein politischer. Die Proteste der Anwälte sind nicht nur berufsständisch motiviert, sondern Ausdruck einer breiteren Sorge um die Zukunft der Strafjustiz.

Für die Regierung wiederum steht viel auf dem Spiel. Die Fähigkeit, die Justiz funktionsfähig



zu halten, ist ein zentraler Bestandteil staatlicher Handlungsfähigkeit. Scheitert die Reform, droht eine weitere Erosion des Systems.

Zugleich ist das Thema hochsensibel. In der öffentlichen Wahrnehmung sind gerade schwere Strafverfahren eng mit dem Gerechtigkeitsempfinden verbunden. Jede Reform, die hier als Abstrich an Transparenz oder Fairness interpretiert wird, birgt erhebliches politisches Risiko.

Frankreich steht damit vor einem klassischen Dilemma moderner Rechtsstaaten: Wie lässt sich ein überlastetes System effizienter gestalten, ohne seine normativen Grundlagen zu untergraben?

Die Antwort darauf wird nicht allein im Gesetzestext liegen, sondern in seiner praktischen Anwendung. Ob die PJCR zu einer sinnvollen Ergänzung oder zu einem schleichenden Paradigmenwechsel wird, entscheidet sich in den kommenden Jahren – in den Gerichtssälen ebenso wie in der öffentlichen Debatte.

Autor: Andreas M. Brucker